

Hannover, den 23.10.2013

Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

1. Abgeordneter Volker Bajus (GRÜNE)

IPCC-Bericht ernst nehmen - Konsequenter Klimaschutz für Niedersachsen

Ende September hat der Weltklimarat der UNO, das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), den ersten Teil des fünften Sachstandsbericht zur Lage des Weltklimas veröffentlicht. Dieser Berichtsteil behandelt die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels.

Der Bericht zeigt verschiedene Szenarien zur zukünftigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen auf, die unterschiedliche Auswirkungen auf das Klima haben. Bei einer Fortschreibung des gegenwärtigen Umfangs der Treibhausgasemissionen ist bis zum Ende des Jahrhunderts mit einem Anstieg der Erdtemperatur von deutlich mehr als 2° C zu rechnen. Auch die in den Weltmeeren gebundene Wärmeenergie ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angestiegen und steigt weiter.

Deutlich erhöht haben sich auch die Prognosewerte für den Anstieg des Meeresspiegels. Bis zum Jahr 2100 sollen die Ozeane demnach - je nach Szenario - um bis zu 98 cm steigen. Der vorherige vierte Bericht ging noch von einem Anstieg von 18 bis 59 cm aus. Weiterhin sind erhebliche regionale Veränderungen der Niederschlagsmengen und die Zunahme von Extremwetterereignissen zu befürchten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Aussagen des aktuellen IPCC-Berichts?
2. Welche Anforderungen für den Küstenschutz, den Hochwasserschutz im Binnenland und die Landwirtschaft in Niedersachsen resultieren aus den zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels wie dem Anstieg des Meeresspiegels und der Veränderung der Niederschlags-situation?
3. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung in Folge des IPCC-Berichts für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel?

2. Abgeordnete Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Christian Dürr und Horst Kortlang (FDP)

Bekämpfung des Landärztemangels in Gefahr?

Nachdem die von CDU und FDP getragene Landesregierung in den Jahren 2012 und 2013 jeweils 1 Million Euro für ein Landärzteprogramm bereitgestellt hat, um schnell und unbürokratisch gegen den drohenden Landärztemangel vorzugehen, kürzt die neue Regierung diese Förderung. Das Gesundheitsministerium plant 2014 nicht mehr 1 Million, sondern nur noch 400 000 Euro für die Ansiedlung von Ärzten auszugeben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat sich der drohende Landärztemangel bereits jetzt so weit abgeschwächt, dass weniger Mittel für seine Bekämpfung notwendig sind?
2. Wie wird die gekürzte Förderung für Landärzte in Zukunft aussehen?

3. Aus welchen Gründen ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Maßnahmen, die in Zukunft nicht mehr gefördert werden sollen, sich nicht bewährt haben?

3. Abgeordnete Angelika Jahns, Jens Nacke, Mechthild Ross-Luttmann und Ansgar Focke (CDU)

Bleibt Minister Pistorius bei seinen bisherigen Ausführungen zu Anfragen bezüglich der Abschiebung der Familie Osmani?

In der Nacht zum 23. Februar 2013 wurde die Familie Osmani aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg nachts aus dem Schlaf gerissen, um abgeschoben zu werden. Weil einer der minderjährigen Söhne nicht angetroffen wurde, wurden die Mutter und zwei Kinder der Familie abgeschoben. Der Vater und der nicht angetroffene Sohn verblieben in Deutschland. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hatte laut verschiedenen Medienberichten mehrfach beim Innenministerium um die Aufschiebung der Abschiebung der Familie Osmani und um Befassung durch den Innenminister gebeten.

In der 4. Plenarsitzung am 14. März 2013 antwortete Minister Pistorius auf eine Kleine Anfrage hierzu, er sei zuvor lediglich allgemein und mündlich über bevorstehende Abschiebungen von Personen informiert worden, die während ihres Aufenthalts in Deutschland straffällig geworden seien.

Diese Unterrichtung soll nach Aussage des Innenministers durch Vortrag des Leiters des Referates für Ausländerangelegenheiten am 21. Februar 2013 geschehen sein. Dabei sei er nicht über die Anfrage des Landrates des Landkreises Lüneburg, ob die Abschiebung verschoben werden solle, informiert worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wer war innerhalb des Innenministeriums über die Anfrage des Landrates des Landkreises Lüchow-Dannenberg, die Abschiebung zu verschieben, mündlich und/oder schriftlich informiert?
 2. Wurde Minister Pistorius noch von weiteren Personen vor dem 23. Februar 2013 über bevorstehende Abschiebungen informiert und, wenn ja, mit welchem Inhalt?
 3. Hat die Landesregierung alle Fragen in Plenarsitzungen und in den Sitzungen des Innenausschusses zur Abschiebung der Familie Osmani wahrheitsgemäß beantwortet?
4. Abgeordnete Karsten Becker, Dr. Gabriele Andretta, Holger Ansmann, Marcus Bosse, Mustafa Erkan, Frank Henning, Holger Heymann, Stefan Klein, Jürgen Krogmann, Sigrid Rakow, Uwe Santjer, Ronald Schminke, Petra Tiemann, Sabine Tippelt und Gerd-Ludwig Will (SPD)

Fracking in Niedersachsen

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* berichtet am 17. Oktober 2013 in dem Artikel „Fracking-Plan stößt auf Ablehnung“ über die ablehnende Haltung gegenüber der Fracking-Methode in Teilen der Bevölkerung.

Die Erdgasindustrie in Niedersachsen ist deutschlandweit führend; ca. 95 % des in der Bundesrepublik geförderten Erdgases stammt aus Niedersachsen. Die Methode des Frackens wird in Niedersachsen seit rund 30 Jahren angewendet.

Die rot-grüne Landesregierung hat in der Koalitionsvereinbarung niedergeschrieben, dass sie keine neuen Genehmigungen von Fracking-Verfahren akzeptiert, solange die Risiken für das Ökosystem und insbesondere die mögliche Verschmutzung des Grundwassers nicht vollständig unter Einbeziehung der Öffentlichkeit aufgeklärt worden sind. Eine potenzielle Verunreinigung durch giftige Chemikalien (wie z. B. Benzol) ist nach Auffassung der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Landtag für die betroffenen Menschen unverhandelbar und bestärkt die Forderung nach Aufklärung und Gefahrenabschätzung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie positioniert sich die Landesregierung zu den Forderungen nach Umweltverträglichkeitsprüfungen beim Fracking?
 2. Wie beurteilt die Landesregierung die zukünftigen wirtschaftlichen Potenziale der Erdgasgewinnung durch Fracking?
 3. Wie bewertet die Landesregierung die seitens der Bürgerinitiativen vorgetragenen kritischen Bedenken gegenüber dieser Fördermethode?
5. Abgeordnete Christian Grascha, Jörg Bode, Christian Dürr, Dr. Stefan Birkner, Jan-Christoph Oetjen, Horst Kortlang und Dr. Marco Genthe (FDP)

Stellenentwicklung Staatskanzlei

Durch zusätzliche und neue Aufgaben verzeichnet die Staatskanzlei mit dem Haushaltsplanentwurf 2014 einen Stellenaufwuchs. Gegenüber dem Soll 2013 erhöhen sich die Zahl der Vollzeiteinheiten sowie das Personalkostenbudget. Obwohl nach Meinung von Fachleuten die Aufgaben des zusätzlichen Personal noch nicht hinreichend klar sind, werden diese Stellen trotzdem geschaffen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen Abteilungen und Referaten der Staatskanzlei werden im Vergleich zwischen dem Haushaltsplanentwurf 2014 und dem Soll Haushalt 2013 neue Stellen geschaffen bzw. verlagert?
 2. Welche Aufgaben soll das zusätzliche Personal wahrnehmen?
 3. Gibt es eine Personalbedarfsermittlung vor dem Hintergrund der geplanten Aufgabenkritik der Landesregierung?
6. Abgeordneter Dirk Toepffer (CDU)

Welche Ziele verfolgt Ministerpräsident Weil mit seiner geplanten Russlandreise?

Laut Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 5. August 2013 werden Ministerpräsident Stephan Weil und Staatssekretärin Birgit Honé - begleitet durch eine Delegation von Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft - vom 24. bis 28. November 2013 die Russische Föderation besuchen. Stationen der Reise sollen demnach Moskau, Kaluga und St. Petersburg sein.

Für niedersächsische Unternehmen ist Russland ein interessanter Wachstumsmarkt. Schon heute ist Russland nach den USA und China drittgrößter Handelspartner Niedersachsens außerhalb der EU.

Gleichzeitig beklagt die Europäische Union in aktuellen Stellungnahmen einen allgemeinen Trend zu politisch motivierter Einschüchterung und Verfolgung Oppositioneller in der Russischen Föderation.

Erst jüngst hat auch Umweltminister Stefan Wenzel in einem Brief an den russischen Botschafter in Berlin das Vorgehen russischer Sicherheitskräfte gegen Greenpeace-Aktivisten in der Arktis kritisiert.

Laut *dpa-Meldung* vom 24. September 2013 schrieb Wenzel wörtlich: „Nach meinem Empfinden widerspricht es allen Gepflogenheiten des demokratischen Umgangs, gegen zivilgesellschaftliche Protestformen mit militärischen Mitteln vorzugehen.“

Die Kritik an Menschenrechtsverstößen in Russland hat sich der Ministerpräsident bislang nicht zu eigen gemacht. Als im Vorfeld der diesjährigen Cebit in Hannover russische Sicherheitskräfte landesweit gegen Nichtregierungsorganisationen vorgingen, wurde dieses Verhalten von der Bundeskanzlerin bei der Cebit-Eröffnungsrede offen angesprochen. Ministerpräsident Weil ging in seinem Grußwort mit keiner Silbe auf die Vorkommnisse ein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche konkreten Ziele und Absichten verbindet die Landesregierung mit dieser Delegationsreise?
 2. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Situation der Menschenrechte in Russland?
 3. Wie bewertet die Landesregierung die Rolle Russlands im aktuellen Syrienkonflikt vor dem Hintergrund der Landtagsentschließung „Aufnahme syrischer Flüchtlinge - Niedersachsen lässt Syrerinnen und Syrer nicht im Stich!“ vom 29. Mai 2013?
7. Abgeordnete Uwe Schwarz, Holger Ansmann, Marco Brunotte, Immacolata Glosemeyer, Christos Pantazis, Andrea Schröder-Ehlers, Doris Schröder-Köpf und Dr. Thela Wernstedt (SPD)

Förderung der hausärztlichen Versorgung: Wie viele Mittel hatte die ehemalige Landesregierung eingeplant?

Verschiedene Tageszeitungen berichteten am 10. Oktober 2013, dass die Landesregierung bei den Landärzten kürzen werde. Auch die CDU-Landtagsfraktion vertrat in der Pressemitteilung vom 9. Oktober 2013 die Auffassung, dass die Landesregierung nur noch 400 000 Euro statt wie bisher eine Million Euro jährlich im Haushaltsetat bereitstelle. In einem Artikel der *taz* vom 10. Oktober 2013 konnte man jedoch lesen, „dass die Zuschüsse unter Schwarz-Gelb vermutlich komplett ausgelaufen wären: Denn in deren mittelfristiger Haushaltsplanung waren ab 2014 überhaupt keine Gelder mehr vorgesehen.“ Zudem stellte ein Sprecher des Sozialministeriums in der vergangenen Woche fest, dass das Land Niedersachsen zukünftig 1 Million Euro an freiwilligen Mitteln in die gesundheitliche Versorgung auf dem Land investiere.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Zuständigkeiten und Kompetenzen hat die Landesregierung bei der ambulanten ärztlichen - insbesondere hausärztlichen - Versorgung?
 2. Beabsichtigt die Landesregierung 2014 ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der ambulanten Versorgung vorzunehmen?
 3. Welche Programme hatte die ehemalige Landesregierung zur Stärkung der ambulanten Versorgung in der mittelfristigen Finanzplanung 2014 vorgesehen?
8. Abgeordneter Björn Thümler (CDU)

Wählt Ministerin Rundt bei ihren Ministerterminen die einzuladenden Gäste nach Parteibuch aus?

Am 27. September 2013 fand im Rahmen einer Feierstunde die Übergabe der aus Mitteln des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ geförderten Quartiersmitte im Magdeburger Viertel in Achim statt. Sozialministerin Rundt hielt hier nicht nur eine Rede, sondern kümmerte sich nach Angaben der Stadt Achim auch verantwortlich um die Einladung der Bundes- und Landtagsabgeordneten zu der Veranstaltung.

Der bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 im Wahlkreis 34 Osterholz-Verden direkt wiedergewählte Bundestagsabgeordnete Andreas Mattfeldt (CDU) war nicht eingeladen. Als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages ist er auch für die Vergabe der Städtebauförderungsmittel zuständig.

Eingeladen wurde dagegen Christina Jantz (SPD), die im Wahlkreis 34 gegen Andreas Mattfeldt unterlegen war. Sie ist über die Landesliste der SPD neu in den Deutschen Bundestag gewählt. Zum Zeitpunkt der Veranstaltung am 27. September 2013 besaß Christina Jantz aber noch gar kein Abgeordnetenmandat (§ 45 Abs. 1 Satz 1 BWG). Wie der *Weser-Kurier* am 28. September 2013 berichtete, hielt sie bei der Feierstunde dennoch eine Rede.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass es aus sachlichen und/oder protokollarischen Gründen geboten gewesen wäre, den Bundestagsabgeordneten Andreas Mattfeldt einzuladen?
2. Weshalb wurde Christina Jantz eingeladen?
3. Welche Kriterien müssen Bundes- oder Landtagsabgeordnete erfüllen, um zu Eröffnungen, Einweihungen, Übergaben und ähnlichen Veranstaltungen eingeladen zu werden?

9. Abgeordneter Klaus Krumfuß (CDU)

Ist die Volksfestkultur in Niedersachsen in Gefahr?

Die bauordnungsrechtliche Überwachung wird in Deutschland durch die Bundesländer wahrgenommen. Die Fahrgeschäfte von Schaustellern wurden bislang in diesem Zusammenhang jährlich unter Zuhilfenahme der DIN 4112 begutachtet. Weitergehende Genehmigungen und Sonderprüfungen sorgen dafür, dass Fahrgeschäfte auch mit zunehmendem Alter regelmäßig überprüft werden. Nach allgemeiner Ansicht gehören die deutschen Fahrgeschäfte zu den sichersten weltweit.

Das European Committee for Standardization hat in den vergangenen Jahren eine Regelung entwickelt, welche die DIN 4112 ablösen soll. Unter dem Namen DIN EN 13814 soll sie ab dem 1. Januar 2015 für einheitliche technische Standards in ganz Europa sorgen. Der europäische Normentwurf sah bislang im Anwendungsbereich vor, dass die neuen Normen nur für Anlagen gelten sollen, die nach Erlass des Normentwurfs entstehen (Bestandsschutzgewährung).

Die 16 Landesbauministerien haben die DIN EN 13814 zu Beginn dieses Jahres bauaufsichtlich eingeführt, dabei jedoch entgegen dem europäischen Entwurf auf den vorgesehenen Bestandsschutz verzichtet. Da mit der neuen Norm auch die Anforderungen an die Statik und den Werkstoff Stahl steigen, entstehen zusätzliche Nachrüstungskosten, die nach Einschätzung von Beobachtern viele Betriebe an den Rand der wirtschaftlichen Existenz brächten. Zahlreiche Fahrgeschäfte drohen demnach von Volksfesten zu verschwinden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hat der europäische Normentwurf DIN EN 13814 auf das Schaustellerwesen in Niedersachsen?
2. Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass der bislang versagte Bestandsschutz wie ursprünglich vorgesehen in den Anwendungsbereich eingearbeitet wird?
3. Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung, Veränderungen zu erreichen?

10. Abgeordnete Bernd-Carsten Hiebing, Angelika Jahns und Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Wie hoch sind die Kosten für die Einführung der Stichwahlen für die Wahl kommunaler Hauptverwaltungsbeamter?

Das Niedersächsische Kommunalwahlgesetz sieht seit dem 26. September 2013 die Durchführung von Stichwahlen bei der Wahl kommunaler Hauptverwaltungsbeamter vor, wenn im ersten Wahlgang kein Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Die Begründung des Gesetzentwurfes (Drs. 17/25 neu) führt aus, dass dadurch die Demokratie gestärkt würde. Die Kosten bei den Kommunen für die Durchführung von Stichwahlen seien nicht bezifferbar.

Am 6. Oktober 2013 fanden im Nachgang zu den Wahlen von kommunalen Hauptverwaltungsbeamten am 22. September 2013 mehrere Stichwahlen statt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit wie vielen Stimmen wurden in den Stichwahlen vom 6. Oktober 2013 die neuen Hauptverwaltungsbeamten gewählt, und wie viele Stimmen hatten diese und die weiteren Bewerber zuvor in den Wahlen vom 22. September 2013 erhalten?
2. Wie hoch sind die Kosten der einzelnen Kommunen für die Stichwahlen vom 6. Oktober 2013 gewesen?
3. Aufgrund welcher politikwissenschaftlichen Theorie ist vor dem Hintergrund der Antworten auf die Fragen 1 und 2 eine Stärkung der Demokratie festzustellen?

11. Abgeordnete Angelika Jahns und Thomas Adasch (CDU)

Das Derby zwischen Hannover 96 und Eintracht Braunschweig - Ein friedliches Fußballfest?

Niedersachsen ist inzwischen stolze Heimat von drei Vereinen in der Fußball-Bundesliga. Mit dem VfL Wolfsburg, Hannover 96 und Eintracht Braunschweig fiebern Hunderttausende Niedersachsen.

Freitag, den 8. November 2013, ist um 20:30 Uhr der Anstoß zu einem Fußballspiel, auf das viele lange gewartet haben. Hannover 96 empfängt zum ersten Mal seit dem 17. April 1976 wieder Eintracht Braunschweig zu einem Spiel der 1. Bundesliga.

Beide Vereine haben zahlreiche leidenschaftliche Fans. Beide Vereine haben aber auch ein Problem mit gewaltbereiten Anhängern. Dies macht dieses „Derby“ zwischen den Vereinen zweier Städte, denen gemeinhin eine gewisse Konkurrenz nachgesagt wird, besonders brisant.

Die Polizei sieht bereits den Termin für das Spiel kritisch und warf der Deutschen Fußball Liga laut einem Bericht der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 6. September 2013 eine „totale Fehlleistung“ vor.

Die Landesregierung hat Anfang August 2013 unter dem Namen „Gemeinsam Fair“ eine Kampagne gestartet, um für eine friedliche Fußballkultur zu werben. Laut einer Pressemitteilung des Innenministeriums soll es dabei „Maßnahmen“ in den Stadien der niedersächsischen Bundesligisten geben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche „Maßnahmen“ der Kampagne „Gemeinsam Fair“ wird es zum Spiel am 8. November 2013 zwischen Hannover 96 und Eintracht Braunschweig und welche weiteren „Maßnahmen“ wird es zum Schutz der Bevölkerung und friedlicher Fußballfans vor Ausschreitungen geben?
2. Erwartet die Landesregierung aufgrund dieser Kampagne und weiterer Maßnahmen der Vereine und der Polizei einen friedlichen Spieltag in Hannover?
3. Wie viele Personen aus Niedersachsen sind bei der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze in Duisburg in welchen Kategorien als Anhänger welcher Vereine gespeichert?

12. Abgeordnete Frank Oesterhelweg, Helmut Dammann-Tamke, Ingrid Klopp, Lutz Winkelmann, Christian Calderone, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Otto Deppmeyer, Hans-Heinrich Ehlen, Ernst Ingolf Angermann, Martin Bäumer, Karin Bertholdes-Sandrock und Clemens Große Macke (CDU)

Kennt Forstminister Meyer die relevanten Waldakteure in Niedersachsen?

In der Kabinettspresseinformation 132/13 vom 13. August 2013 kündigt die Landesregierung die Einrichtung eines Waldbeirats an. Darin sollen laut Angabe der Staatskanzlei mehr als zwölf Vertreter aus Waldnaturschutz, Waldbesitz, Holzwirtschaft, Forstwirtschaft und Berufsverbänden sowie Nutzer von Freizeitangeboten im Wald und Tourismusvertreter mitarbeiten. Die Aufgaben umfassen neben der Beratung des Forstministers die Schaffung von mehr Transparenz und Dialog.

In der Pressemitteilung Nr. 109 vom 19. September 2013 steht, dass das Gremium mit mehr als 20 Akteuren besetzt sein werde. Genannt sind die Niedersächsischen Landesforsten, Greenpeace sowie Waldakteure der Forstwirtschaft, der Holzwirtschaft und des Naturschutzes sowie Waldbesitzer.

Nach weiteren vier Wochen verkündete Forstminister Meyer mit der Pressemitteilung Nr. 118 vom 14. Oktober 2013, dass der Waldbeirat auf nunmehr über 30 Vertreter aus Waldnaturschutz, Waldbesitz, Holzwirtschaft, Forstwirtschaft, Gewerkschaften und Berufsverbänden angewachsen sei.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Mitglieder des Waldbeirates waren in den drei Pressemitteilungen jeweils gemeint?
 2. Wie wird der Waldbeirat endgültig besetzt sein?
 3. Welche Ergebnisse brachte das erste Zusammentreffen des Waldbeirats am 21. Oktober hervor?
13. Abgeordnete Frank Oesterhelweg, Helmut Dammann-Tamke, Ingrid Klopp, Lutz Winkelmann, Christian Calderone, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Otto Deppmeyer, Hans-Heinrich Ehlen, Ernst Ingolf Angermann, Martin Bäumer, Karin Bertholdes-Sandrock und Clemens Große Macke (CDU)

Warum fand im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des Waldbeirats ein weiteres Treffen mit nur einigen Vertretern des Waldbeirats statt?

Laut Ankündigung des Waldbesitzerverbandes Niedersachsen wird der Waldbeirat seine Arbeit erstmals am 21. Oktober 2013 aufnehmen. Entsprechend der Pressemitteilung Nr. 118 des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit ist er mit mehr als 30 Vertretern aus Waldnaturschutz, Waldbesitz, Holzwirtschaft, Forstwirtschaft, Gewerkschaften und Berufsverbänden besetzt. Die Aufgaben umfassen neben der Beratung des Forstministers die Schaffung von mehr Transparenz und Dialog.

Wie bekannt wurde, fand am 18. Oktober 2013 im Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU) ein Treffen mit nur einigen der beteiligten Verbände statt, welches in direktem Zusammenhang mit der konstituierenden Sitzung des Waldbeirats drei Tage später steht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welchen Zweck hatte der vorbereitende Termin zur konstituierenden Sitzung des Waldbeirats am 18. Oktober 2013 im MU?
 2. Welche Verbände waren bei dem Termin zugegen?
 3. Nach welchen Auswahlkriterien wurden diese Verbände eingeladen?
14. Abgeordneter Jens Nacke (CDU)

Fördert die Landesregierung Energiesparmessen?

Am 12. und 13. Oktober fand in Rastede die 5. Energiesparmesse des Oldenburger Landes statt. Daneben finden weitere Energiesparmessen an den Standorten Osterode/Harz, Holzminden und Wilhelmshaven statt. Initiiert wurden die Messen durch den damaligen Umweltminister Sander im Rahmen der Aktion Niedersachsen spart Energie. „Ziel der Energiesparmessen ist, den Bürgern einen vollständigen Überblick über die technischen Möglichkeiten der Nutzung energiesparender Technologien zu vermitteln. Hierzu gehören auch fundierte Informationen über Finanzierungs- und Fördermaßnahmen. Ferner soll das regionale Handwerk unterstützt werden, und last but not least ist ein Hauptanliegen die energetische Sanierung von Gebäuden in Niedersachsen“, wie auf der Internetseite der Aktion zu lesen ist (http://www.messen-profair.de/nds_spart_energie/).

Schirmherr der Veranstaltung in diesem Jahr ist Umweltminister Stefan Wenzel, der die Messe auch offiziell eröffnete. Rastedes Bürgermeister Dieter von Essen verlieh in seinem Grußwort der Hoffnung Ausdruck, dass derartige Messen auch künftig von einer Landesförderung profitieren würden. In einem Interview mit der *NWZ-online* wird der Leiter der Messe, Herr Rainer Henzel, auf die Frage nach den Plänen für das Jahr 2015 mit folgendem Satz zitiert: „Wir würden uns freuen, wenn Rastede für das Jahr 2015 wieder den Zuschlag des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz bekommen würde.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Nutzen der Energiesparmessen?
2. Wie wurden die Energiesparmessen in der Vergangenheit durch die Landesregierung gefördert?
3. Wie werden die Energiesparmessen in Zukunft gefördert werden?

15. Abgeordneter Jens Nacke (CDU)

Vertritt die Landesregierung in grundlegenden Fragen der Menschenrechte unterschiedliche Positionen?

Ministerpräsident Stephan Weil beabsichtigt, vom 24. bis 28. November 2013 die Russische Föderation zu besuchen. Stationen der Reise sollen Moskau, Kaluga und St. Petersburg sein.

Mit seiner Protestnote an den russischen Botschafter in Berlin wegen des Vorgehens russischer Sicherheitskräfte gegen Greenpeace-Aktivist*innen in der Arktis soll Umweltminister Stefan Wenzel laut Pressebericht des *Weser Kurier* vom 4. Oktober 2013 das Besuchsprogramm des Ministerpräsidenten ernsthaft gefährdet haben.

In dem Bericht des *Weser Kurier* hieß es wörtlich: „Mit seinem Protest gegen das Entern eines Greenpeace-Schiffes durch die russische Küstenwache hat Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) offenbar diplomatische Verwicklungen ausgelöst. Dadurch geraten möglicherweise auch Teile des Besuchsprogramms von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in Moskau und St. Petersburg in Gefahr. Der Regierungschef habe sehr wütend reagiert und seinem grünen Stellvertreter auch ‚gehörig den Kopf gewaschen‘, heißt es aus der Staatskanzlei.“

In einem Interview mit der Oldenburger *Nordwest-Zeitung* vom 12. Oktober erklärte Ministerpräsident Weil auf die Frage, ob er als Bundesratspräsident bei Reisen nach Russland und China auch Menschenrechte und Demokratiedefizite ansprechen und mit der Opposition reden werde, wörtlich: „Die Reisen nach Russland und China werde ich primär als Ministerpräsident unternehmen. Diese Reisen dienen in erster Linie dem Aufbau weiterer Wirtschaftskontakte, aber selbstverständlich werden auch die jeweiligen Entwicklungen thematisiert werden.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Wurde der Ministerpräsident vom Umweltminister vorab über die Protestnote an den russischen Botschafter unterrichtet?
2. Teilt die Landesregierung die von Minister Stefan Wenzel in einem Brief an den russischen Botschafter geübte Kritik am Vorgehen russischer Sicherheitskräfte gegen Greenpeace-Aktivist*innen in der Arktis?
3. In welcher Weise wird die Landesregierung dem Landtagsbeschluss vom 20. Juni 2013 „Menschenrechte bei Auslands-, Delegations- und Ausschussreisen stärker berücksichtigen“ bei den Gesprächen mit russischen Regierungsvertretern Rechnung tragen?

16. Abgeordneter Dirk Toepffer (CDU)

Wie geht die Landesregierung mit der Insolvenz des Logistikers Netrada um?

Nach Informationen der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 10. Oktober 2013 hat das Logistikunternehmen Netrada am 9. Oktober 2013 für die einzelnen Unternehmensgesellschaften an den Standorten Hannover, Lehrte, Garbsen und Langenhagen beim Amtsgericht Hannover ein Insolvenzverfahren beantragt.

Mehr als 2 000 Mitarbeiter arbeiten deutschlandweit bei Netrada. Derzeit wird für etwa 50 Millionen Euro eine neue Lagerhalle am Kronsberg in Hannover gebaut. Nachdem die Stadt Hannover ursprünglich Verhandlungen mit dem Internetversandhändler Amazon über eine Ansiedlung am Kronsberg geführt hatte, teilte die Stadt Hannover Anfang Juli 2012 mit, dass der Internetdienstleister Netrada den Vorzug erhalten würde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kenntnis hat die Landesregierung über den aktuellen Stand bzw. die Hintergründe des Insolvenzverfahrens des Unternehmens Netrada?
2. Wie wird die Landesregierung den Beschäftigten im Falle eines Arbeitsplatzabbaus unterstützend zur Seite stehen?
3. Welche Gespräche haben wann, wo und mit welchen Vertretern angesichts der aktuellen Situation des Unternehmens Netrada zwischen Landesregierung und Unternehmensvertretern stattgefunden?

17. Abgeordnete Jörg Hillmer und Kai Seefried (CDU)

Der Ministerpräsident und das G 8 - War das „ein Schuss ins Knie“?

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* berichtete am 18. Oktober 2013 über den Besuch des Ministerpräsidenten Weil an der Leibniz Universität Hannover am 17. Oktober 2013. Eingeladen worden sei er anlässlich der Erstsemesterwoche von der Juso-Hochschulgruppe. Teilgenommen hätten rund 50 Studentinnen und Studenten und ältere „Junggenossen“.

Herr Ministerpräsident Weil habe u. a. zu dem auf zwölf Jahre verkürzten Abitur erklärt: „Das war ein Schuss ins Knie.“

Laut Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 15. August 2013 liegt die Quote der nicht bestandenen Abiturprüfungen insgesamt bei 4,27 % und ist im Vergleich zum Vorjahr (5,51 %) deutlich gesunken. Bezogen auf alle Schulformen, habe sich der Abiturdurchschnittswert mit 2,61 im Vergleich zum Vorjahr mit 2,65 leicht verbessert. Der erste „echte“ G-8-Schülerjahrgang 2013 habe damit ein nahezu identisches Ergebnis wie der letzte „echte“ G-9-Schülerjahrgang 2010 mit 2,62 erreicht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. War der Besuch des Ministerpräsidenten an der Leibniz Universität Hannover am 17. Oktober 2013 ein Parteitermin?
2. Was kritisiert der Ministerpräsident konkret an dem Abitur nach zwölf Jahren, wenn er von einem „Schuss ins Knie“ spricht?
3. Welche Konsequenzen bzw. Auswirkungen hat die Einschätzung des Ministerpräsidenten zum G-8-Abitur auf die vom Kultusministerium angekündigte ergebnisoffene Debatte zur Zukunft des Abiturs in Niedersachsen?

18. Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Christian Dürr und Horst Kortlang (FDP)

Niedersachsen und der Europäische Forschungsraum

Den europäischen Staats- und Regierungschefs zufolge soll es bis 2014 einen Europäischen Forschungsraum geben. Die Ziele eines Europäischen Forschungsraumes sind u. a. ein leichter Wechsel der Wissenschaftler in andere Länder und die vereinfachte Zusammenarbeit untereinander.

Der Kommission zufolge seien die Einstellungsverfahren bisher nicht transparent genug, und „weniger als die Hälfte der verfügbaren Stellen werde EU-weit über das Portal ‚EURAXESS Jobs‘ ausgeschrieben“ (vgl. EU-Nachrichten Nr. 15, 26. September 2013).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Stellen wurden in der niedersächsischen Wissenschaft bisher über das Portal „EURAXESS Jobs“ ausgeschrieben und erfolgreich besetzt?
2. Wie will die Landesregierung der von der EU-Kommission monierten Ungleichbehandlung von Frauen in der Forschungswelt entgegenwirken?
3. Welche weiteren Zielsetzungen verfolgt die Landesregierung im Zuge des Europäischen Forschungsraumes, und welche Schwerpunktsetzungen sieht sie?

19. Abgeordnete Björn Försterling, Christian Dürr und Hermann Grupe (FDP)

Medienkompetenz in Niedersachsens Schulen

Mit digitalen Medien und Kommunikationsformen sind kleine Kinder sowie Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen täglich konfrontiert. Für die Schulen bietet der Umgang große Chancen, aber auch Herausforderungen.

Die Ausstattung der Schulen und der Umgang mit digitalen Medien gestalten sich in den niedersächsischen Schulen differenziert

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwiefern werden in der Zukunftsoffensive Bildung auch der digitale Unterricht und die Medienkompetenz gefördert?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Medienkompetenz der niedersächsischen Schülerinnen und Schüler?
3. Welche Programme zur Erweiterung der Medienkompetenz gibt es aktuell in Niedersachsen (bitte differenzieren zwischen Programmen im frühkindlichen Alter, Grundschule, Sekundarstufe I und II sowie Berufsschulen), und sieht die Landesregierung hier Erweiterungsbedarf?

20. Abgeordnete Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft in Niedersachsen

Die Landesregierung will in den nächsten Jahren 105 Millionen Euro zusätzlich in Bildung investieren und 315 Millionen Euro umverteilen. In einem *HAZ*-Artikel vom 24. September 2013 fordert die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Niedersachsen mehr Geld von der Landesregierung: „An dieser Bildungsoffensive müssen auch die Schulen in freier Trägerschaft beteiligt werden. (...) Viele Eltern wollen Ganztagschulen, auch diejenigen, die ihre Kinder an Privatschulen geben. (...) Das Land verteilt Geld, aber wir bleiben außen vor“ (vgl. *HAZ*, 24. September 2013).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Werden auch die Schulen in freier Trägerschaft von der „Zukunftsoffensive Bildung“, insbesondere dem Ausbau der Ganztagschulen, profitieren?

2. Plant die Landesregierung eine Veränderung der Finanzhilfe für die Schulen in freier Trägerschaft?
3. Wie plant die Landesregierung, den Schulen in freier Trägerschaft zu ermöglichen, auch Angebote für die staatlichen Schulen zu machen und umgekehrt?

21. Abgeordnete Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Christian Dürr, Jan-Christoph Oetjen und Gabriela König (FDP)

Freiwilligenagenturen

Nach Aussage der Landesregierung in einer Pressemitteilung vom 3. Juli 2013 beabsichtigt das Land eine Aufstockung der Landesmittel für Freiwilligenagenturen in Höhe von 100 000 Euro.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe hat die Landesregierung bisher insgesamt die Freiwilligenagenturen unterstützt?
2. Welchen konzeptionellen Anteil verfolgt die Landesregierung mit den zusätzlichen Mitteln?
3. Wie sollen die zusätzlichen Mittel konkret eingesetzt werden?

22. Abgeordnete Christian Dürr, Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Hillgriet Eilers und Horst Kortlang (FDP)

Kommunale Seniorenberatung

Nach Aussage der Landesregierung in einer Pressemitteilung vom 3. Juli 2013 beabsichtigt das Land eine „Modernisierung“ der kommunalen Seniorenberatung mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 2,2 Millionen Euro.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe hat die Landesregierung bisher insgesamt die kommunale Seniorenberatung unterstützt?
2. Was ist unter „Modernisierung“ der kommunalen Seniorenberatung zu verstehen?
3. Wie sollen die zusätzlichen Mittel von 2,2 Millionen Euro konkret eingesetzt werden?

23. Abgeordnete Christian Dürr, Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt und Björn Försterling (FDP)

Leitstellen für Integration

Nach Aussage der Landesregierung in einer Pressemitteilung vom 3. Juli 2013 beabsichtigt das Land eine Aufstockung der Landesmittel für die Leitstellen für Integration in Höhe von 1,4 Millionen Euro.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe hat die Landesregierung bisher insgesamt die Leitstellen für Integration unterstützt?
2. Welchen konzeptionellen Anteil verfolgt die Landesregierung mit den zusätzlichen Mitteln?
3. Wie sollen die zusätzlichen Mittel konkret eingesetzt werden?

24. Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

Gutachten

In vielen Bereichen des Haushaltsplanentwurfs für den Einzelplan 05 finden sich Ausgaben und Ausgabensteigerungen für Gutachtertätigkeiten, so z. B. im Kapitel 0520 unter Titel 547 11. Hier steigen die Ausgaben für die „Dienstleistungen Außenstehender“ von 12 500 000 Euro auf 12 600 000 Euro.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch sind die Ausgaben für Gutachten im Einzelplan insgesamt, und wie hat sich dieses Volumen im Vergleich zum Haushalt 2013 verändert?
 2. In welchen Kapiteln, außer dem genannten, befinden sich die Ausgaben für Gutachten, und aus welchen Gründen haben sich - sofern vorhanden - Ansatzserhöhungen ergeben?
 3. Welche dieser Ausgaben sind unausweichlich?
25. Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

Maßnahmen zur Suchtbekämpfung

In Haushaltsplanentwurf für den Einzelplan 05 findet sich unter Kapitel 0540 die Titelgruppe 88 mit den Maßnahmen zur Suchtbekämpfung. Hier steigt der Haushaltsansatz von 7 013 000 Euro in 2013 auf 7 338 000 Euro in 2014, bei einem Ist von 7 004 000 in 2012.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Stehen hinter dieser Steigerung konkrete Projekte?
 2. Wenn ja, welche?
 3. Wenn nein, wie begründet sich die Veränderung des Haushaltsansatzes?
26. Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

Zuschüsse für Selbsthilfegruppen

Ausweislich des Haushaltsplanentwurfs für den Einzelplan 05 sollen im Kapitel 0502 die Zuschüsse an Selbsthilfegruppen für Lesben und Schwule und der Ausbau des Beratungsangebots zur Stärkung/Akzeptanz von trans- und intersexuellen Menschen von 47 000 Euro auf 200 000 Euro erhöht werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Selbsthilfegruppen werden konkret gefördert?
2. Ist bereits bekannt, wie hoch die jeweilige Fördersumme für die verschiedenen Gruppen ist, und nach welchen Kriterien wurde die Förderhöhe festgelegt?
3. Welche Gründe stehen hinter dem Anstieg der Fördersumme?

27. Abgeordnete Hillgriet Eilers, Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

Hafenärztliche Dienste

Der Ansatz für die Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden für die Wahrnehmung des hafenärztlichen Dienstes steigen ausweislich des Einzelplanentwurfs 05 für das Haushaltsjahr 2014 von 700 000 Euro in 2013 auf 1 043 000 Euro in 2014 - wobei das Ist in 2012 lediglich 402 000 Euro betrug.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Ausgaben werden wo konkret übernommen?
 2. An welchen Standorten kam es 2013 im Vergleich zu 2012 zu Kostensteigerungen und aus welchen Gründen?
 3. Aus welchem Grund wird für 2014 ein weiterer Anstieg angenommen?
28. Abgeordnete Hermann Grupe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Finanzierung des EU-Schulobstprogramms

Die beiden koalitionstragenden Fraktionen SPD und Bündnis 90/Grüne haben in ihrer Koalitionsvereinbarung die Beteiligung Niedersachsens am EU-Schulobstprogramm festgelegt.

Während im Haushalt ein Betrag von 613 000 Euro eingestellt ist, kündigte die Landesregierung in ihrer Pressemitteilung an, 1 Million Euro für das Programm bereitzustellen. Diese Summe wurde auch im Koalitionsvertrag genannt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welchen Betrag plant die Landesregierung für das Schulobstprogramm ein?
 2. Aus welchen Haushaltstiteln und mit welchen Beträgen setzt sich dieser Gesamtbetrag zusammen (bitte einzeln aufschlüsseln)?
 3. Wie viel Personal plant die Landesregierung für die Durchführung des EU-Schulobstprogramms ein?
29. Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Horst Kortlang und Dr. Marco Genthe (FDP)

Schwerlasttransporte ohne Polizeischutz

Die Landesregierung antwortete am 25. September 2013 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen und Horst Kortlang (FDP) zum Thema „Schwerlasttransporte ohne Polizeischutz“ in den einleitenden Ausführungen zunächst:

„Vor diesem Hintergrund werden in Niedersachsen in enger Abstimmung zwischen dem Ministerium für Inneres und Sport sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr die Möglichkeiten zur Entlastung der Polizei weitestgehend ausgeschöpft.“

Nach Angaben der Landesregierung hat die Verkehrsministerkonferenz im Oktober 2011 beschlossen, die Entlastungsmöglichkeiten für die Polizei im Zusammenhang mit Großraum- und Schwertransporten (GST) zu prüfen und umzusetzen. In diesem Rahmen gebe es in Niedersachsen derzeit vier laufende und dreizehn in der Planung befindliche Pilotprojekte.

Eines der laufenden Projekte sei die Durchführung von Transporten von überlangen Rotorblättern der Firma Enercon (GST Fa. Enercon) auf dem Streckenabschnitt vom Eurohafen Haren/Ems bis zur Bundesautobahn 31, Anschlussstelle Haren. Diesem Vorhaben sei widerruflich bis zum 30. September 2013 zugestimmt worden. Ein weiteres Projekt befinde sich zwischen der Anschlussstelle Stotel der A 27 und dem Seehafen Brake.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche anderen konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um Entlastungspotenziale der Polizei auszuschöpfen?
2. Welche weiteren laufenden (GST ohne Polizeischutz) und die dreizehn in Planung befindlichen Projekte meint die Landesregierung in ihrer Antwort vom 25. September 2013 (bitte um Auflistung)?
3. Welche Erfahrungen wurden beim Projekt GST Fa. Enercon gemacht, und wie beabsichtigt die Landesregierung, nach Ablauf der befristeten Zustimmung zum 1. Oktober 2013 weiter zu verfahren?

30. Abgeordnete Christian Grascha, Christian Dürr und Björn Försterling (FDP)

Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei Gymnasiallehrerinnen und -lehrern sowie Rücknahme der Altersermäßigung

Nach den Beschlüssen der Landesregierung sowie nach dem Haushaltsplanentwurf 2014 plant die Landesregierung, die Unterrichtsverpflichtung von Gymnasiallehrerinnen und Lehrern um eine Stunde zu erhöhen und die von der früheren Kultusministerin Jürgens-Pieper (SPD) versprochene Altersteilzeitregelung auszusetzen. Gleichzeitig werden neue Stellen im Einzelplan des Kultusministeriums eingestellt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Stellen können durch beide Sparmaßnahmen jeweils eingespart werden, und wie werden diese umgesetzt?
2. Wie stellen sich die Abgänge und Zugänge nach Schulformen dar?
3. In welchem Bereich und mit welchem Ziel werden die neu geschaffenen Stellen eingesetzt?

31. Abgeordnete Jörg Bode, Christian Grascha, Gabriela König, Sylvia Bruns und Hillgriet Eilers (FDP)

Staatliches Baumanagement

Die Landesregierung plant nach dem Haushaltsplanentwurf 2014, das Beschäftigungsvolumen des Staatlichen Baumanagements zu erhöhen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich in den einzelnen Jahren seit 2008 das Beschäftigungsvolumen sowie die Anzahl der Stellen im Vergleich zum Auftragsvolumen entwickelt?
2. Wie hat sich der prozentuale Wert der Baunebenkosten für Baumaßnahmen des Landes und Bundes seit 2008 entwickelt, und warum ist er gegebenenfalls gestiegen?
3. Wie hat sich in den einzelnen Jahren seit 2008 das Auftragsvolumen an Dritte entwickelt?

32. Abgeordnete Dr. Gero Hocker und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Weshalb hat der Deichverband Artlenburg noch keine Hochwasserhilfe bekommen?

Presseberichten zufolge hat der Deichverband Artlenburg noch keine der von Bund und Land zugesagten Gelder nach dem Elbehochwasser im Sommer 2013 erhalten.

An den Deichen sind durch das Hochwasser Schäden in Höhe von 6 Millionen Euro entstanden. Nach Aussage der Presseberichte sind besonders viele Deichkronen durch die Beschwerung mithilfe von Sandsäcken sowie durch Einsatzfahrzeuge beschädigt worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass der Deichverband noch kein Geld bekommen hat, und, wenn ja, warum?
2. Haben andere betroffene Deichverbände ebenfalls noch kein Geld bekommen? (Wenn ja, bitte die betroffenen Deichverbände aufzählen.)
3. Könnten die beschädigten Deiche in ihrem momentanen Zustand nach Meinung der Landesregierung ein weiteres Hochwasser abhalten?

33. Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Gero Hocker und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Wie viel kostet die norddeutsche Moorlandschaft?

Die Landesregierung hat in ihrer Pressemitteilung anlässlich ihrer Haushaltsklausur angekündigt, 1,5 Millionen Euro für das Programm „Norddeutsche Moorlandschaft“ bereitzustellen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Haushaltstiteln und mit welchen Beträgen setzt sich dieser Gesamtbetrag zusammen (bitte einzeln aufschlüsseln)?
2. Wie viel Personal plant die Landesregierung für die „Norddeutsche Moorlandschaft“ ein?
3. Welche konkreten Aufgaben werden mit dem Betrag von 1,5 Millionen Euro finanziert?

34. Abgeordnete Horst Kortlang, Christian Grascha, Jörg Bode, Christian Dürr, Jan-Christoph Oetjen, Björn Försterling, Gabriela König, Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Warum will die Landesregierung eine halbe Millionen Euro für den Standort des Landesbeauftragten in Hildesheim ausgeben?

Der Chef der Staatskanzlei Mielke hat in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 16. Oktober 2013 bekannt gegeben, dass für die Einrichtung des Standortes des Landesbeauftragten in Hildesheim 0,5 Millionen Euro Sachkosten zusätzlich benötigt werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen stehen hinter dem zusätzlichen Mittelbedarf?
2. Muss die Liegenschaft des Standortes angemietet werden?
3. Welche Alternativen zu diesem Standort, die sich im Besitz des Landes befinden, gibt es innerhalb und außerhalb von Hildesheim?

35. Abgeordnete Hillgriet Eilers, Horst Kortlang, Christian Grascha, Jörg Bode, Christian Dürr, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Stefan Birkner (FDP)

An welchen Standorten sollen die Landesbeauftragten untergebracht werden?

Im kommenden Jahr plant die Landesregierung die Schaffung von vier Stellen für Landesbeauftragte sowie der dazugehörigen Mitarbeiterstäbe.

Wir fragen die Landesregierung:

1. An welchen Standorten genau und auf Grundlage welcher Kriterien sollen die Landesbeauftragten angesiedelt werden?
2. Sind die Liegenschaften im Besitz des Landes oder angemietet?
3. Welche einmaligen und wiederkehrende Sachkosten entstehen durch die Standorte der Landesbeauftragten?

36. Abgeordnete Gabriela König, Christian Dürr, Jörg Bode und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Einstellung der Standortkampagne?

Minister Lies will laut Pressemitteilung vom 19. September 2013 die Standortkampagne „Sie kennen unsere Pferde, erleben Sie unsere Stärken“ zum 31. Dezember 2013 einstellen. Eine Umfrage unter Entscheidungsträgern der deutschen Wirtschaft hat laut Mitteilung der Innovatives Niedersachsen GmbH vom 16. September 2013 der Erfolg der Kampagne belegt. Darin heißt es wörtlich: „28 % aller Befragten halten Niedersachsen für ‚einen attraktiven Standort für mittelständische Unternehmen‘ und 24 % ‚für einen modernen Wirtschaftsstandort‘. 2008 waren es lediglich 20 bzw. 16 %. Wer die Standortkampagne kennt und damit mehr Informationen über Niedersachsen hat, schätzt die Qualitäten noch deutlich höher ein: 42 bzw. 37 % der Kampagnenkennner haben ein durchwegs positives Bild vom Wirtschaftsstandort Niedersachsen. ‚Die Botschaft der Kampagne ist bei der Zielgruppe angekommen‘, fassen die Marktforscher das Ergebnis zusammen. Über annähernd alle Fragestellungen hinweg zeige sich der positive Einfluss der Kampagne. Besondere Stärken werden Niedersachsen im Tourismus, in der Automobilindustrie, bei Messen, in der Ernährungswirtschaft und in der Windenergie attestiert. Ein wirtschaftliches Engagement im Land können sich 32 % aller befragten Selbstständigen und 44%% der befragten Erwerbstätigen außerhalb Niedersachsens vorstellen. Auch diese Werte liegen unter den Kennern der Kampagne mit 40 bzw. 55 % höher.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Gründe haben die Landesregierung bewogen, die Kampagne nicht mehr fortzusetzen?
 2. Wie will die Landesregierung nach Beendigung der Kampagne stattdessen dafür werben, dass Niedersachsen sowohl für Unternehmen als auch für dringend benötigte Fachkräfte attraktiv ist?
 3. Inwiefern wurde die Ankündigung von Minister Lies, allen betroffenen Mitarbeitern ein Übernahmeangebot seitens des Landes zu machen (HAZ, 20. September 2013), tatsächlich umgesetzt?
37. Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Christian Grascha, Jörg Bode, Jan-Christoph Oetjen, Hermann Grupe und Björn Försterling (FDP)

KFA-Verschiebung - Ist der Landesregierung ein Fehler zum Nachteil von Südniedersachsen widerfahren?

Die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs sollen den Kommunen die Grundlage ihrer Selbstverwaltung sichern. Die Bundesländer regeln die Verteilung dieser Mittel eigenständig, und die Verabschiedung findet parallel mit dem Landeshaushalt statt. Ziel ist der gerechte vertikale und horizontale Ausgleich der Finanzen zwischen dem Land und den Kommunen und zwischen den unterschiedlich finanzstarken Kommunen selbst. Der *rundblick*. Jahrgang 2013, Nr. 185, Ausgabe vom 14. Oktober 2013, berichtet über eine Proberechnung zur beabsichtigten Verschiebung der KFA-Mittel durch die SPD-geführte Landesregierung. Demnach sollen die Landkreise über 42 Millionen Euro und die kreisfreien Städte über 10 Millionen Euro verlieren. Im „Südniedersachsenplan“ der SPD, Ausgabedatum 8. Januar 2013, wurde noch vom Finanzierungsdruck für die Daseinsfürsorge mit weitreichenden und schmerzhaften Auswirkungen, insbesondere für die Landkreise Goslar, Osterode, Göttingen, Northeim, Helmstedt, Hameln-Pyrmont und Hildesheim gesprochen. Jetzt berichtet der *rundblick*, dass diese Landkreise aus Südniedersachsen „hohe Verluste“ bei der KFA-Verschiebung „... ohne Ankündigung und versteckt im Haushaltsbegleitgesetz ...“ ertragen müssen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind die dargestellten Auswirkungen in der Berichterstattung des *rundblick* zutreffend und führen diese nicht zu einer Spaltung des Landes, wie sie der *rundblick* bereits in der Ausgabe Jahrgang 2013, Nr. 99, thematisiert hat?

2. Gibt es die zitierte Proberechnung der Landesregierung, und kann sie den Fraktionen des niedersächsischen Landtags zur Verfügung gestellt werden?
3. Wie gestalten sich die KFA-Verschiebungen, also Ab- und Zuflüsse der finanziellen Mittel für sämtliche Kommunen in Niedersachsen, konkret für die Landkreise, kreisfreien Städte, die Region Hannover und die kreisangehörigen Gemeinden, und ist die Landesregierung bereit, dem zuständigen Ausschuss die auf die einzelnen Gebietskörperschaften bezogenen Zahlen kurzfristig schriftlich zur Verfügung zu stellen?

38. Abgeordnete Gabriela König, Jörg Bode und Christian Dürr (FDP)

Der „böse“ Lobbyist Olaf Lies versus die „gute“ Interessensvertretung? - Was hält die Landesregierung von Lobbyismus im Interesse des Landes?

Das Vertreten von Interessen gegenüber politischen Entscheidungsträgern, z. B. durch Gewerkschaften, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen oder Einzelpersonen, ist der Versuch einer zweckgerichteten Einflussnahme. Wiederholt wurden Mitglieder der Landesregierung beim Eintreten oder persönlichen Engagement für landesweit wichtige Infrastrukturmaßnahmen durch Abgeordnete oder Parteigliederungen des Koalitionspartners Bündnis 90/Die Grünen öffentlich kritisiert und des „Lobbyismus“ bezeichnet. Zuletzt titelte die HAZ, Ausgabe vom 16. Oktober 2013, „Koalitionskrach um Lies' Lobbyarbeit“ und umschrieb das persönliche Engagement des niedersächsischen Wirtschafts- und Verkehrsministers Olaf Lies im Förderverein „Pro A 20“. In Deutschland ist die Begrifflichkeit des Lobbyismus häufig negativ besetzt, sodass der Vorwurf des Lobbyismus bereits eine Stigmatisierung in sich trägt. Anders wird hingegen die Interessensvertretung von Initiativen, Umweltverbänden, Gewerkschaften (Beispiel: „Gute Arbeit“) oder Religionsgemeinschaften in der öffentlichen Wahrnehmung bewertet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Betrachtet die Landesregierung das persönliche Engagement von Minister Olaf Lies im Förderverein „Pro A 20“ ähnlich kritisch wie die verkehrspolitische Sprecherin des Koalitionspartners, Frau Susanne Menge, die Herrn Minister Lies einen „schwierigen Rollenkonflikt“ vorhält? Wenn ja, was gedenkt die Landesregierung hiergegen zu tun?
2. Wie beurteilt die Landesregierung generell die Vertretung von Interessen oder die zweckgerichtete Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger durch Gewerkschaften, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen oder Einzelpersonen?
3. Gibt es aus Sicht der Landesregierung einen Unterschied im Vertreten von Interessen gegenüber politischen Entscheidungsträgern zwischen Gewerkschaften, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Einzelpersonen oder Sonstigen? Wenn ja, welche?

39. Abgeordnete Horst Kortlang und Dr. Gero Hocker (FDP)

Welche Naturschutz-, Pflege- und Entwicklungsprogramme finanziert das Umweltministerium?

Die Niedersächsische Landesregierung hat in ihrer Pressemitteilung anlässlich ihrer Haushaltsklausur angekündigt, 3 Millionen Euro für Naturschutz-, Pflege- und Entwicklungsprogramme bereitzustellen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Haushaltstiteln und aus welchen Beträgen setzt sich dieser Gesamtbetrag zusammen (bitte einzeln aufschlüsseln)?
2. Welche Programme sind konkret mit den erwähnten Naturschutz-, Pflege- und Entwicklungsprogrammen gemeint?
3. Welche Naturschutz-, Pflege- oder Entwicklungsprogramme führt die neue Landesregierung nicht mehr weiter?

40. Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Gero Hocker und Gabriela König (FDP)

Lärmschutz an der A 1 zwischen dem Bremer Kreuz und dem Buchholzer Dreieck (Teil 2)

Entlang der A 1 zwischen dem Bremer Kreuz und dem Buchholzer Dreieck ist der Lärmschutz ein großes Thema. Verschiedene Politiker haben sich im Rahmen des Bundestagswahlkampfes zu diesem Thema geäußert, aber es gibt sich widersprechende Aussagen zu der Frage zukünftiger Lärmmessungen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Steht Minister Lies zu seinen am 16. August 2013 gemachten Versprechen, dass Lärmmessungen durchgeführt werden, und wann und wo finden diese statt?
 2. In welchem konkreten Einzelfall wird der Fahrbahnoberflächenkorrekturwert des offenporigen Asphalts ermittelt, und wie sind die Ergebnisse, bzw. wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?
 3. Teilt die Landesregierung die Ansicht, dass durch die Agglomeratstreifen eine zusätzliche Lärmquelle vorhanden ist und dass die Lärmberechnungen, die dem Planfeststellungsverfahren zugrunde liegen, daher neu durchgeführt werden müssen?
41. Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Sylvia Bruns, Jörg Bode, Christian Grascha, Dr. Gero Hocker und Christian Dürr (FDP)

Gender Budgeting

Der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen in Niedersachsen bekennt sich zum sogenannten Gender Budgeting: „Gender Budgeting als Strategie, Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, wird in der Landespolitik eingeführt“ (S. 22). Der Europarat definiert Gender Budgeting wie folgt: „Gender Budgeting ist eine Anwendung des Gender Mainstreaming im Haushaltsprozess. Es bedeutet eine geschlechterbezogene Bewertung von Haushalten und integriert eine Geschlechterperspektive in alle Ebenen des Haushaltsprozesses. Durch Gender Budgeting werden Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel restrukturiert, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern“ (EG-S-GB 2004, RAP FIN prov 2, S. 10).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwiefern hat die Landesregierung eine geschlechterbezogene Bewertung des Landeshaushalts 2014 im Haushaltsprozess sichergestellt?
 2. Welche Gründe haben die Landesregierung bewogen, gerade die gewählte Vorgehensweise zu verwenden?
 3. Inwiefern sind die bereits unternommenen Schritte ausreichend, um Gender Mainstreaming im Haushaltsprozess anzuwenden, welche weiteren Schritte sind gegebenenfalls nötig, und wann und wie werden diese vollzogen?
42. Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe, Björn Försterling, Christian Dürr, Jörg Bode und Gabriela König (FDP)

Moratorium beim Fracking?

Presseberichten zufolge gab es ein informelles Moratorium zwischen dem Land und den erdgasfördernden Unternehmen zum Fracking. Nun will der Erdgaskonzern Exxon Mobil das Erdgasfeld Z11 in Böttersen (Kreis Rotenburg/Wümme) ausbeuten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung den Erlass eines gesetzlichen Moratoriums?
2. Liegen vollständige Antragsunterlagen für ein Fracking in Böttersen vor?
3. Wird das Landesbergamt die Genehmigung für ein Fracking in Böttersen erteilen?

43. Abgeordnete Jörg Bode, Gabriela König und Christian Dürr (FDP)

Unternehmensansiedlung direkt aus dem Ministerium heraus?

Minister Lies hat per Pressemitteilung vom 19. September 2013 erklärt, die Zuständigkeit für Unternehmensansiedlungen direkt ins Ministerium verlegen zu wollen und der Innovationszentrum Niedersachsen Strategie und Ansiedlung GmbH zu entziehen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Gründe haben die Landesregierung zu dieser Änderung der Zuständigkeit bewogen?
2. Wie viele Fälle von Unternehmensansiedlungen konnten pro Jahr seit der Gründung von NGlobal realisiert werden (für 2013 bitte aktuellen Stand angeben), und inwiefern rechtfertigen diese Fallzahlen die organisatorischen Veränderungen?
3. Wie viele Ressourcen (insbesondere Anzahl der Beschäftigten, Budget) verwendet die Landesregierung für die Ansiedlungsförderung und Vermarktung des JadeWeserPorts und im Vergleich dazu auf die Ansiedlungsförderung in ganz Niedersachsen, und inwiefern sind die Unterschiede gerechtfertigt?